



ParLetter 1/2018

Sehr geehrte Frau Nationalrätin, sehr geehrter Herr Nationalrat,
Sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrter Herr Ständerat,

Sie erhalten den ParLetter der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht mit unseren Hinweise auf die ausländerrechtlichen und asylpolitischen Geschäfte der laufenden Session.

Neuer Schutzstatus dringend notwendig!

17.3270 - Mo. Nationalrat (SPK-NR). Ersatz des Status der Vorläufigen Aufnahme *und*
18.3002 - Mo. Ständerat (SPK-SR). Punktuelle Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme

Ausgangslage

Der Bundesrat möchte den Status der "Vorläufigen Aufnahme" abschaffen. Dieses Vorhaben begrüsst die SBAA sehr. "Vorläufig" ist ein sehr irreführender Begriff in diesem Zusammenhang, da die allermeisten "vorläufig aufgenommenen" Personen langfristig in der Schweiz leben. Am 18.1.2018 hat nun die SPK-SR eine eigene Motion zur vorläufigen Aufnahme lanciert. Der neue Vorschlag der SPK-SR zielt nur auf punktuelle Anpassungen ab und greift zu kurz. Es ist zu bedauern, dass sie die Ablehnung des Ersatzes des Status der Vorläufigen Aufnahme empfiehlt.

Lösungsansätze

Die punktuelle Anpassungen der SPK-SR sind insbesondere lückenhaft, weil sie keine Erleichterung des Familiennachzugs vorsieht, sich aber gerade die beiden Faktoren (berufliche und familiäre Einbindung) auf eine erfolgreiche Integration positiv auswirken. Begrüssenswert ist der Vorschlag, dass der Kantonswechsel zwecks Erwerbstätigkeit erleichtert werden soll.

Will man die Integration tatsächlich erleichtern, ist ein uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen, sowie ein stabiler langfristiger Aufenthaltsstatus mit Recht auf Familiennachzug nötig. Ausserdem sollen sie ihren Wohnort innerhalb der Schweiz selber bestimmen können, so dass sie diejenige Sprache erlernen, die ihnen am besten liegt und in der Nähe ihrer Freunde und/oder Familie leben können. Bund und Kantone sind aufgerufen, beim Spracherwerb, (Weiter-) Bildungsmöglichkeiten, der Stellen- und Wohnungssuche Unterstützung anzubieten.

Nomenklatur

Die von der SPK-SR vorgesehene Änderungen des Begriffs "Vorläufige Aufnahme" ist begrüssenswert. Die in den parlamentarischen Debatten vorgeschlagenen Begriffe sind hingegen ungenügend. „Schutzbedürftig“, vor allem wenn eine Person gar "vorübergehend schutzbedürftig" ist, signalisiert Schwäche, Krankheit, Lebensuntauglichkeit und könnte ArbeitgeberInnen möglicherweise verunsichern. Bezeichnungen und Qualifizierungen sind Macht. Es braucht für den neuen Status einen neutralen Begriff, denn man darf diese Menschen nicht unnötig behindern in ihren Integrationsbestrebungen.

Mit der Schaffung eines echten subsidiären Schutzstatus würde die Schweiz sich an bereits bestehenden europäischen Standards annähern und durch verbesserte Integrationsperspektiven langfristig Kosten sparen. Die SBAA hält die **vorgeschlagenen punktuellen Anpassungen für minimalistisch** und fände es wünschenswert, wenn **eine echte Alternative** ausgearbeitet würde.

Link: Observatoire du droit d'asile et des étrangers Romand: « [Permis F : admission provisoire ou exclusion durable ?](#) »



Sans-Papiers: Zukunftsperspektive statt zusätzlicher Präkarisierung!

18.3005 - Mo. Kommission für Soz. Sicherheit und Gesundheit (NR). Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers

Für Sans-Papiers sollen, wenn es nach der Kommission für Soz. Sicherheit und Gesundheit (NR) in Zukunft schärfere Regeln gelten. Lehrer sollen Kinder von Papierlosen melden müssen. Arbeitgeber, die Sans-Papiers einstellen, sollen härter bestraft werden. Dies obwohl in den Kantonen ein Trend zur Regularisierung zu beobachten ist.

Ausgangslage

Personen mit ungeregeltem Aufenthalt [sind zwar nicht rechtlos](#), ihre Lage ist jedoch äusserst prekär. Das Fehlen eines gesetzlichen Status, macht die effektive Ausübung zahlreicher Rechte illusorisch, und sie werden öfter Opfer von Ausbeutung, etwa durch ArbeitgeberInnen oder VermieterInnen. Sans-Papier-Beratungsstellen und PolitikerInnen [fordern](#) deshalb seit langem eine vereinfachte – kollektive - Regularisierung der «Sans Papiers» gefordert wird. Die Motion der Kommission für Soz. Sicherheit und Gesundheit (NR) geht in die genau entgegengesetzte Richtung.

Fall [295](#)

Die schwangere «Sanou» flieht mit ihren beiden Töchtern aus Guinea um sie vor einer Genitalverstümmelung und Zwangsheirat zu schützen. In der Schweiz wird ihr Asylgesuch abgelehnt, mit der Begründung, dass in Guinea sowohl die Beschneidung als auch die Zwangsheirat gesetzlich verboten sind und der Staat gemäss Behörden somit genügend Schutz bietet. Bei einer Rückkehr, droht den Mädchen aufgrund der Flucht neben der Genitalverstümmelung und der Zwangsheirat auch die Zwangsarbeit. «Sanou» selbst wurde grausam und unmenschlich behandelt und als billige Arbeitskraft eingesetzt. Zudem muss sie damit rechnen Opfer von psychischer und physischer Gewalt zu werden und mit Leib und Leben bedroht zu sein, da sie ihre Kinder der Familie des Ehemannes entzogen hat. Trotz guter Integration in der Schweiz droht der kleinen Familie die Wegweisung nach Guinea. Die Familie sieht sich gezwungen unterzutauchen.

Härtefallrecht

Das heutige Härtefallrecht soll in Einzelfällen verhindern, dass das Verweigern eines Aufenthaltsrechts in der Schweiz nicht zur menschlichen Katastrophe wird. Da die Bewilligung von sog. Härtefallgesuchen je nach kantonalem System sehr unterschiedlich gehandhabt werden, ist das derzeitige Härtefallrecht als Lösung ungenügend.

Schutz der Grundrechte

Der geforderte Datenaustausch, insbesondere mit Schulen, gefährdet die Wahrung der Grundrechte, die jedem Menschen unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus zu kommen. Die universelle Gültigkeit dieser Grundrechte darf nicht in Frage gestellt werden. Die SBAA **empfiehlt die Ablehnung der Motion** und fordert die Schaffung von echten Perspektiven für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Schweiz.

Link: [Stellungnahme der Plattform zu den Sans-Papiers zur Motion „Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers“](#)

Link: Fachbericht der Schweizerischen Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht: [«Das Härtefallrecht in der politischen Auseinandersetzung»](#).



Die „Selbstbestimmungsinitiative“ gefährdet die Menschenrechte in der Schweiz

17.046 – Geschäft des Bundesrates. Volksinitiative. Schweizer Recht statt fremde Richter

Die SBAA ist Partnerorganisation von [Schutzfaktor M](#):

Die Initiative gefährdet den Frieden und die Sicherheit

Die EMRK wurde nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Europarats ausgearbeitet. Ziel war es, den Menschenrechtsschutz auf europäischer Ebene im Sinne eines Mindeststandards zu vereinheitlichen und dadurch Frieden, Sicherheit und ein Fundament für Demokratien zu schaffen. Die Schweiz wäre neben Weissrussland das einzige Land, welches seinen Bewohnerinnen und Bewohnern den Schutz durch die EMRK vorenthält.

Die EMRK schützt uns alle!

Die EMRK, die nun seit mehr als vierzig Jahren für die Schweiz gilt, trägt dazu bei, dass der Schutz der Grund- und Menschenrechte im Schweizer Rechtssystem weiter entwickelt wird. Seit der Ratifizierung der EMRK 1974 hat der EGMR nur in rund 1,5 Prozent der Schweizer Fälle, die an den EGMR gelangten, eine Verletzung der Konvention festgestellt. Nur weil den Initianten einzelne Urteile nicht gefallen und sie mit der Polemik um die „fremden Richter“ zu punkten hoffen, setzen sie die Menschenrechte von uns allen aufs Spiel!

Die EMRK ist nicht „fremdes“ Recht

Die EMRK und der EGMR sind in der Schweiz demokratisch gut abgestützt. Es bestimmen keine „fremden Richter“ über die Schweiz, sondern die auch durch uns gewählten Richter des EGMR. Die in der EMRK garantierten Rechte sind auch Schweizer Rechte!

Kurzstellungnahmen der SBAA:

- **16.3565 – Mo. Glarner. Suspendierung von Asylverfahren in einer ausserordentlichen Asyllage.** *Schnellverfahren an der Grenze sind fehleranfällig und angesichts der 2019 gesamtschweizerisch geplanten beschleunigten Asylverfahren überflüssig. Die Herkunft aus einem „sicheren Drittstaat“ kommt, setzt trotzdem voraus, dass vor einer Wegweisung trotzdem sichergestellt wird, dass er/sie vor Verfolgung sicher ist. Die Errichtung von Obergrenzen klar gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstösst. Die SBAA empfiehlt die Ablehnung der Motion.*
- **16.3467 – Mo. Steinemann. Liste der Safe Countries erweitern.** *Staaten wie Sri Lanka, Tunesien oder Algerien erfüllen die Bedingungen für verfolgungssichere Herkunftsstaaten nicht. Eine Ausweitung auf solche Staaten ist deshalb nicht angezeigt und weiterhin eine Einzelfallprüfung des Asylantrag gefordert. Die SBAA empfiehlt die Ablehnung der Motion.*
- **16.3592 – Mo. Burgherr. Verschärfung der Asylpraxis in Bezug auf Eritrea.** *Die Motion will Wehrdienstverweigerung EritreerInnen pauschal als Asylgrund ausschliessen. Sie lässt dabei ausser Acht, dass DeserteurInnen und WehrdienstverweigerInnen in Eritrea nach wie vor Gefängnis, Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung drohen kann. Es gibt keine Garantien für die Sicherheit von Rückkehrern. Die individuelle Prüfung von Asylgesuchen ist für die Schweiz gemäss der UNO-Flüchtlingskonvention Pflicht. Die SBAA empfiehlt die Ablehnung der Motion.*



ParLetter 1/2018, 26. Februar 2018

- **16.3455 - Mo. Sommaruga. Asylwesen. Für die Einrichtung humanitärer Korridore.** *Die SBAA fordert seit langem die Schaffung von legalen Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende. Der Vorstoss fordert von der Schweiz ein humanitäres Projekt, dass der Ausnahmesituation an den Grenzen Europas endlich gerecht wird und die Rettung von schutzbedürftigen Menschen ermöglicht. Die SBAA empfiehlt die **Motion anzunehmen**.*

Weitere Migrationspolitische Geschäfte der Frühjahrsession 2018:

- 17.303 – Standesinitiative AG. Für eine wirksame Flüchtlingspolitik vor Ort anstelle falscher Anreize für Völkerwanderungen
- 17.312 – Standesinitiative AG. Für eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes im Asylbereich
- 17.061 – Geschäft des Bundesrats. Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Zusatzvereinbarung zum Fonds für die innere Sicherheit
- 16.3520 – Mo. Quadranti. Massnahmen zur beruflichen Integration von jungen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive
- 16.3550 – Mo. Wobmann. Integrationsverweigerern die Aufenthaltsgenehmigung entziehen
- 16.3619 – Po. Derder. Für eine Migrationspolitik, die helle Köpfe in die Schweiz lockt
- 16.3809 – Mo. Leutenegger Oberholzer. Drittstaatenkontingente. Kurzfristig anpassen
- 16.3889 – Po. Béglé. Mit "Botschafterinnen" und "Botschaftern" eine erfolgreiche Integration fördern
- 16.3982 – Mo. Regazzi. Ausweisung von Terroristinnen und Terroristen in ihre Herkunftsländer, unabhängig davon, ob sie als sicher gelten oder nicht
- 16.4114 – Mo. Reynard. Organisation einer dringlichen nationalen Konferenz zur erleichterten Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Frühjahrsession und danken Ihnen für Ihr Interesse.

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Eleonora Heim, Geschäftsleiterin SBAA